

21.11.2009 - 13:56 Uhr

SGB-Frauenkongress gegen das Zeitdilemma: Familienarbeit und Erwerbsarbeit mehr vereinen

Bern (ots) -

- Hinweis: Hintergrundinformationen können kostenlos im pdf-Format unter <http://presseportal.ch/de/pm/100003695> heruntergeladen werden -

Schwerpunkthemen des SGB-Frauenkongresses vom 20. und 21.11.09 waren die Vereinbarkeit von Familienarbeit und Berufsarbeit sowie die Auswirkungen der Krise auf die Frauen. Die Delegierten verabschiedeten einstimmig ein Sechspunktemanifest mit dem Titel "Vereinbarkeit jetzt! Erwerbsarbeit - Familienarbeit: Schluss mit dem Zeitdilemma!" sowie Forderungen gegen die Auswirkungen der Krise. Die wichtigsten Punkte:

- Gesellschaftlich notwendige, unbezahlte Arbeit soll in GAV, Personalreglementen und im Arbeits- und Sozialversicherungsrecht vermehrt anerkannt werden.
- Wer Kinder betreut und/oder Angehörige pflegt, soll mehr Rechte auf Kurzabsenzen und Urlaube erhalten. Gleichzeitig ist die professionelle Kinderbetreuung und die professionelle Pflege zu erweitern, die Arbeitsbedingungen des Personals sind zu verbessern.
- Eine generelle Arbeitszeitverkürzung als krisen- und gleichstellungspolitische Massnahme ist zwingend, begleitet von Massnahmen zur Umverteilung der unbezahlten Familien- und Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern.
- Gleichstellungspolitische Forderungen sind kein Schönwetterprogramm, sondern müssen prioritär behandelt werden. Dazu gehören insbesondere die Realisierung der Lohngleichheit sowie Investitionen von einem Prozent des Bruttoinlandproduktes in die Kinderbetreuung.
- Die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienarbeit braucht nicht neue flexible Arbeitszeitmodelle, sondern familienverträgliche und planbare Arbeitszeiten. Statt Shoppen rund um die Uhr sind verbindliche Ladenschlusszeiten notwendig. Teilzeitarbeit, flexible und prekäre Arbeitsverhältnisse mit all ihren Facetten müssen reguliert und von den Gewerkschaften mit Priorität angegangen werden.
- Der Rückschritt in der Lohngleichheit ist skandalös und inakzeptabel. Der SGB Frauenkongress fordert die Arbeitgeber auf, die Löhne in ihren Unternehmen sozialpartnerschaftlich im Rahmen des Lohngleichheitsdialogs unverzüglich zu überprüfen und anzupassen. Falls die Arbeitgeber nicht unverzüglich handeln, muss die Politik weitere und verbindliche Massnahmen ergreifen, um das Recht der Frauen auf gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit durchzusetzen.

Die SGB-Frauen reagieren mit diesen Forderungen zum einen auf die nach wie vor sehr ungleich zwischen den Geschlechtern verteilte unbezahlte Haus- und Betreuungsarbeit, zum andern auf den infolge der Krise verschärften Druck auf unsichere Arbeitsverhältnisse, in denen vor allem Frauen arbeiten. Im ersten Bereich geht es neben der Kinderbetreuung auch um die wachsende Zahl der Pflegebedürftigen, die von Angehörigen, meist von berufstätigen Frauen, gepflegt werden.

Die Bedingungen am Arbeitsplatz nehmen darauf keine Rücksicht. Die meisten Frauen arbeiten denn auch Teilzeit mit entsprechenden Folgen für ihre Finanzen und ihre Altersvorsorge.

Für den zweiten Bereich stellten die Delegierten fest, dass die Krise entgegen den ersten Einschätzungen nicht prioritär männliche Industriearbeiter sondern die Frauen trifft. Die Arbeitslosenquote der Frauen übersteigt heute die der Männer (4.1% gegen 3.9%, Oktober 2009). Zudem werden die von der öffentlichen Hand bereits angekündigten Sparprogramme die Frauen empfindlich treffen. So ist etwa die Weiterführung des Impulsprogrammes des Bundes zur Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung gefährdet.

Während die Lohnstrukturerhebung 2006 noch ergeben hat, dass die Frauen durchschnittlich 18,9 Prozent weniger verdienen als die Männer, zeigen die neusten Zahlen eine Differenz von 19,3 Prozent. Dies ist ein klarer Rückschritt im Abbau der Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern und ein Verstoss gegen die Verfassung und gegen das Gleichstellungsgesetz. Die Arbeitgeber müssen jetzt handeln!

Der SGB-Frauenkongress findet alle 4 Jahre statt. Teilgenommen haben an die 230 Delegierte und Gäste. SGB-Frauenkommission und Frauenkongress beraten die SGB-Gremien in der Gleichstellungspolitik.

Kontakt:

Christine Michel, Co-Präsidentin SGB-Frauenkommission, 079 725 14 20

Michela Bovolenta, SGB-Frauenkommission, 079 647 72 83 (französisch)

Christina Werder, Zentralsekretärin SGB, 079 341 90 01

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003695/100594149> abgerufen werden.